

25/BI XXIV. GP

Eingebracht am 18.11.2010

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Bürgerinitiative

Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend				
Gerechtigkeit macht stark- Für mehr Verteilungsgerechtigkeit!				
Erstunterzeichner/in				
Name	Anschrift	Geb. Datum	Datum der Unterzeichnung	Eingetragen in die Wählerevidenz der Gemeinde
HERMANN KEDPLINGER REPUBLIK AUST			1. Mai 2010	
..... Unterschrift				
Unterstützungserklärungen!				
Name	Anschrift	Geb. Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift
Josef ACKERL			1.5.2010	
Güntraud JAHN			1.5.2010	
KARL FRATIS			1.5.2010	
Gertraud Weichselbauer			1.5.2010	
ROLAND SCHWANDNER			1.5.2010	
SANDRA ABENGER			1.5.2010	
CHRISTIAN HORNER			1.5.2010	
BARBARA LAMBERT			1.5.2010	

Formblatt für eine Parlamentarische Bürgerinitiative

Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend

**Gerechtigkeit macht stark-
Für mehr Verteilungsgerechtigkeit!**

Seitens der EinbringerInnen wird das Vorliegen einer Bundeskompetenz in folgender Hinsicht angenommen:

Artikel 10 Bundesverfassung

ANLIEGEN:

Die größte Wirtschafts- und Finanzkrise seit den 30er Jahren haben Banken und Spekulanten verursacht. Wenn die ArbeitnehmerInnen jetzt am stärksten zur Kasse gebeten werden, ist das ungerecht. Sie sind bereits jetzt am stärksten durch die Krise betroffen. Neue Massensteuern und Kürzungen von Sozialleistungen, die die Kaufkraft weiter schwächen sind abzulehnen!

Dazu kommt, dass Einkommen und Vermögen in Österreich ungerecht verteilt sind. So besitzen die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung mehr als zwei Drittel des gesamten privaten Vermögens.

Die UnterzeichnerInnen treten für eine stabile Gesellschaft mit guten Arbeitsplätzen, wirtschaftlichem Erfolg und erfülltem Leben ein!

Der Nationalrat wird ersucht, durch entsprechende Beschlüsse für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen, indem ungerechte Steuerlücken geschlossen und die Reichen zu einem fairen Beitrag zur finanziellen Absicherung des Sozialstaats herangezogen werden.

(Falls der Vordruck nicht ausreicht, bitte auf Beiblatt fortsetzen)

Gerechte Entlohnung und Steuern statt maßloser Profite!

- Besteuerung von Spekulationsgewinnen - Vermögenszuwachssteuer
- Bankenabgabe
- Vermögenssteuer für private Netto-Vermögen ab einer Million Euro
- Börsenumsatzsteuer als Vorstufe für europaweite Finanztransaktionssteuer
- Abschaffung der Steuerprivilegien bei eigennützigen Privatstiftungen
- Faire Besteuerung der Gewinne - Gruppenbesteuerung einschränken
- Arbeit entlasten durch Wertschöpfungsabgabe
- Kampf gegen Steuerhinterziehung
- Ökologische Anreize ohne Massenbelastung